

## Geschenke für Veolia?

### **Berliner Landesregierung will teilprivatisierte Wasserbetriebe zurückkaufen. Bürgerinitiative äußert Kritik an Plänen des Finanzsenators**

*Benedict Ugarte Chacón*

Wenn es nach der SPD-CDU-Landesregierung gehen soll, befindet sich die Hauptstadt vielleicht noch in diesem Jahr wieder im kompletten Besitz der Berliner Wasserbetriebe. Diese waren im Jahr 1999 von der auch damals regierenden Großen Koalition zu 49,9 Prozent an ein Konsortium der privaten Konzerne RWE und Vivendi (heute Veolia) veräußert worden. Seit dieser Teilprivatisierung stiegen die Berliner Wasserpreise um rund 30 Prozent. Dies hat seine Ursache auch in der vertraglich festgelegten Rendite, die die Wasserbetriebe seit der Teilprivatisierung zu erwirtschaften haben. Dieses Vertragswerk wurde jahrelang geheimgehalten, erst 2011 erzwang die Bürgerinitiative »Berliner Wassertisch« mit einem Volksentscheid seine Offenlegung. Dieser Erfolg führte dazu, daß sich so gut wie alle Parteien mittlerweile zu Kritikern der Teilprivatisierung gewandelt haben und eine Rekommunalisierung nicht mehr als linke Utopie verlacht wird. Laut einer Mitteilung des Senats einigte sich dieser in seiner Sitzung am vergangenen Dienstag darauf, den noch verbliebenen privaten »Partner« Veolia aus den Wasserbetrieben herauszukaufen. Der Anteil von Veolia beträgt zur Zeit 24,95 Prozent. Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) soll nun in Vertragsverhandlungen mit dem französischen Konzern eintreten.

Vorausgegangen waren diesem Entschluß nach Angaben des Senats mehr als ein Jahr andauernde Gespräche mit Veolia über eine »Modernisierung der Vertragsstrukturen« sowie »das weitere Engagement des Unternehmens« in der Berliner Wasserwirtschaft. Im Mai hatte Veolia schließlich den vollständigen Verkauf seines Anteils an das Land angeboten. Wenn Senat und Konzern sich auf einen Rückkaufvertrag geeinigt haben, was noch 2013 geschehen soll, muß das Berliner Abgeordnetenhaus diesem Geschäft zustimmen. Über den möglichen Kaufpreis machte der Senat bislang keine Angaben. Medienberichten zufolge könne sich dieser bedingt durch ein derzeit noch laufendes internes Schiedsverfahren zwischen Land und Konzernen in einer Höhe von 800 Millionen Euro bewegen. Doch egal, wie tief Berlin in die Tasche greifen muß – zu befürchten ist, daß der Kauf über die Wasserpreise refinanziert werden soll. Eine spürbare Senkung der Wasserpreise wäre damit in weite Ferne gerückt.

Bereits im Herbst letzten Jahres hatte das Abgeordnetenhaus nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen Senat und RWE beschlossen, den Anteil des Konzerns für 654 Millionen Euro zurückzukaufen. Damals wie heute äußerte der Wassertisch scharfe Kritik an den Bedingungen des Rückkaufs. »Hinter den Kulissen zeichnet sich ab, daß der Rückkauf von Veolia die Allgemeinheit noch teurer zu stehen kommen wird, als der 654 Millionen Euro schwere ›goldene Handschlag‹ für RWE«, sagte Wassertisch-Sprecherin Ulrike von Wiesenau am Donnerstag. Daß das hinter verschlossenen Türen stattfindende Schiedsverfahren angeblich zu einem höheren Kaufpreis führe, nehmen die Aktivisten nicht für bare Münze. Die »von verschiedenen Seiten« in die Welt gesetzten »Phantasiezahlen« hätten laut »Wassertisch« nur einen Sinn: »Senator Nußbaum möchte die Wasserpreise hochtreiben.«

Da sich Berlin nun in absehbarer Zeit wieder im Besitz der gesamten Wasserbetriebe befinden wird, verlangt die Initiative eine demokratische Umstrukturierung des Unternehmens, das zur Zeit noch als komplexe Holding organisiert ist. Hierzu fordert sie die Einrichtung eines neuen Gremiums. Mit diesem »Wasserrat«, bestehend aus Beschäftigten, Bürgern und Experten, soll über die bisher bekannten Mitbestimmungsmodelle hinausgegangen werden. Ziel ist eine am Gemeinwohl orientierte Wasserversorgung – jenseits vom Profitstreben. Mit der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe ist dazu zumindest eine Möglichkeit gegeben. Und trotz der berechtigten Kritik am Verfahren bleibt es bemerkenswert, daß mit SPD und CDU ausgerechnet jene Parteien den Rückkauf vollziehen wollen, die 1999 für die Teilprivatisierung verantwortlich waren. Die Regierung aus SPD und Linken hatte sich in fast zehn Jahren ihrer Amtszeit nie zu einer Rekommunalisierungspolitik durchringen können.